

FÜR DIE MENSCHENRECHTE

IGFM - Internationale Gesellschaft für Menschenrechte-Deutsche Sektion e.V.,
Edisonstraße 5, 60388 Frankfurt/Main

Syrien

Mitteilungen
an Freunde und Förderer



Nr. 1
Februar 2026

Die Maristen in Aleppo blicken in ein Inferno, aber sie halten durch

Liebe Mitglieder, Freunde und Förderer der IGFM,

bitte teilen Sie mit uns die Sorgen der Blauen Maristen in Aleppo. Maristenbruder Georges Sabé schickte uns den folgenden Sonderbrief aus Aleppo:

„Diesen Brief schreibe ich aus der Hölle des Krieges, der seit vier Tagen in Aleppo wütet.

Hier gibt es zwei Stadtviertel, die unter der Kontrolle der kurdischen Kräfte stehen: Achrafieh und Scheikh Maksoud. In diesen beiden Vierteln leben Hunderttausende von Menschen aller Ethnien und Religionen. Die Christen von Aleppo nennen das Viertel Scheikh Maksoud Jabal el Saydeh (der Hügel Unserer Lieben Frau). Dort lebt eine sehr bedürftige christliche Gemeinschaft. Und aus diesem Stadtteil sind die Blauen Maristen hervorgegangen.

Diese beiden Viertel haben während des Krieges enorm gelitten. Seit Dezember 2024 hat sich die Situation zwischen den kurdischen Kräften und der Regierungsarmee verschlechtert, mit Phasen der Beruhigung, gefolgt von Spannungen.

Am 10. März 2025 wurde in Damaskus ein Abkommen zwischen der syrischen Regierung und den Verantwortlichen der kurdischen Autonomie unterzeichnet. Abgesehen von der Situation der beiden Viertel von Aleppo sah dieses Abkommen einen Prozess zur Normalisierung der Beziehungen zwischen beiden Parteien in der nordöstlichen Region Syriens vor, die ebenfalls von kurdischen Kräften kontrolliert wird. Das Abkommen enthielt einen Plan, der bis zum 31. Dezember 2025 verwirklicht werden sollte. Leider wurde die Vereinbarung nicht umgesetzt. Seit mehreren Wochen kam es in Aleppo zu

Kämpfen, die jedoch durch Waffenruhen immer wieder gestoppt wurden. Doch seit Montag, dem 5. Januar 2026, und bis zu dem Zeitpunkt, an dem ich diesen Brief schreibe, haben sich die Kämpfe intensiviert und vor allem eine massive Vertrei-



Die Gründer und ehemaligen Leiter der „Blauen Maristen“ v.l.n.r. Leyla Moussalli, ihr Ehemann Dr. Nabil Antaki, der die IGFM zur Jahresversammlung 2025 besuchte, und Maristenbruder Georges Sabé; Foto: „Blaue Maristen“

bung der Bevölkerung aus den beiden Vierteln verursacht. Schreckliche Szenen von Menschen, die umherirren, ohne zu wissen, wohin sie gehen sollen: Kinder, Jugendliche, Frauen und Männer verlassen unaufhörlich die beiden Viertel. Der Beschuss mit Granaten hört weder bei Tag noch bei Nacht auf. Die Stadtviertel, die an die Kampfgebiete grenzen, sind schwer getroffen.

Die Schulen und Universitäten, mitten in der Prüfungszeit des Semesters, sind auf unbestimmte Zeit geschlossen. Das Leben ist lahmgelegt. Eine echte Ausgangssperre hüllt die Stadt in Stille und Angst... Eine dunkle Nacht legt sich über die Herzen der Bewohner. Es ist ein Grauen, als ob 14 Jahre Krieg, Sanktionen und Erdbeben nicht genug wären. Als wäre diese Stadt verflucht. Als wären die Straßen von Aleppo nach Blut dürrstend... Als würde sich der Horror endlos vervielfachen. Warum müssen Aleppo und seine Bewohner ein solches Schicksal erleiden? Bis

wann? Wann wird der Horizont des Friedens zur Realität? Wir haben keine Kraft mehr für Widerstand oder Resilienz. Wir haben Angst und wir fragen uns: Bis wann?

Ich teile mit euch einige Worte eines jungen maristischen Arztes, der mir aus dem Universitätskrankenhaus, wo er als Praktikant arbeitet, seine Gefühle mitteilt:

„Im Herzen des Universitätskrankenhauses von Aleppo... verängstigte Gesichter... Ein besorgtes Personal, das sich fragt, ob der Weg nach Hause befahrbar ist... Erschöpfte Patienten, ohne Medikamente und ohne Geld... Ein Exodus und eine Entwurzelung, die den Weg zur Ankunft säumen, eine eisige Kälte, die das zusammenpresst, was von den Schlägen eines müden Herzens übrig ist... Und wir sagen weiterhin: Es gibt Hoffnung...“

17:26 Uhr, Donnerstag, 8. Januar 2026
Frère Georges SABE, Marist

Bruder Georges Sabé teilte uns am 9. Januar 2026 mit, dass sich die kurdischen Truppen aus Aleppo zurückgezogen haben und sich die kriegerische Situation etwas entspannt hat. Doch die erneuten Zerstörungen nach einer kurzen Phase der Erholung hat viele Menschen traumatisiert, auch weil sie nicht wirklich an einen stabilen Frieden unter der neuen Regierung glauben. Die Maristen werden bleiben, insbesondere um die Kinder, Jugendlichen und die Familien wieder aufzufangen und ihnen Mut zu machen, ist die Hilfe der Blauen Maristen gerade jetzt von Nöten. Bitte helfen Sie mit, dass dieses gute Werk weiterhin erfolgreich arbeiten kann.

**Kennwort für Ihre Spende:
Maristen (91)**

Liebe Freunde,

zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses dürfen nach wie vor Angehörige der Revolutionsgarde nach Deutschland einreisen und ungehindert ihren Geschäften nachgehen. Die IGFM hat wie auch andere Organisationen und namhafte Persönlichkeiten ein Betätigungsverbot für die Revolutionsgarde gefordert und unterstützt deren Aufnahme in die EU-Terrorliste. Zudem hoffen wir, dass der iranische Botschafter angesichts der Gräueltaten seiner Dienstherren an wehrlosen Demonstranten bald seine Koffer packen muss.

Darüber hinaus sind Gespräche mit Vertretern innerhalb der iranischen Opposition überfällig, die für Demokratie, Trennung von Staat und Religion, Gleichberechtigung und eine Politik des Friedens einetreten. Mahnende Worte reichen längst nicht mehr aus, um den nach Freiheit Dürstenden den Rücken zu stärken. Zu lange hat Deutschland für diese zynische, blutrünstige, menschenverachtende Diktatur höfliche Worte gefunden, sogar Glückwunsch-Adressen übermittelt und die Ermahnungen von BürgerrechtlerInnen in den Wind geschlagen. Folglich wähnte sich die Führung in Teheran bei all ihrem grausamen

Vorgehen in Sicherheit und ordnete ungebremst Menschenleben einer kruden Ideologie unter. Die IGFM, ihre Freunde und Förderer haben selbst nicht nur mahnende Worte für die Diktatoren in Teheran, Moskau oder Damaskus übrig, sondern stellen sich mit konkreter Hilfe auf die Seite der Leidtragenden. Beispiele für diese Tatkraft finden Sie in diesen Mitteilungen.

Herzliche Grüße
Ihre

Michaela Koller

Michaela Koller



Nigeria

Serie von Gewalt gegen Christen setzt sich fort

Hoffnung auf einen Neuanfang

„Viele christliche Mädchen stehen Schlange, um ein Stipendium für eine Ausbildung in der Nazareth-Schule in Enugu zu erhalten. Ich weiß nicht, was ich tun soll. Die Zahl ist überwältigend. Ich wäre sehr dankbar, wenn IGFM uns helfen könnte“, schreibt Schwester Mary Rose-Claret Ogbuehi, Gründerin des Hilfswerks WETE („Women Empowerment through Education“) am 14. Januar 2026 an die IGFM. Die Schule hat einen ausgezeichneten Ruf, weil viele ihrer Absolventinnen nach ihrem Abschluss erfolgreich auf eigenen Beinen stehen, sei es durch eine feste Anstellung oder durch einen eigenen Kleinbetrieb. Die guten Berufsaussichten sind jedoch nicht der einzige Grund für die große Nachfrage, sondern vor allem die Hoffnung auf einen Neuanfang: „Viele Menschen fliehen und kommen aus Angst um ihr Leben nach Enugu. Sie kommen mit leeren Händen“, schildert Schwester Claret die aktuelle Lage. Die Familien flüchten vor Attacken durch dschihadistische Banden, die sich gezielt gegen Christen richten.

Neueste Meldungen zeigen, dass die US-Luftangriffe auf Stellungen der Terrorgruppe „Islamischer Staat“ die lange Serie von Überfällen auf



Vivian C. ist froh darüber, dass die Initiative „Women Empowerment through Education“ (WETE) ihr den Ausbildungsplatz ermöglicht hat. Foto: WETE

Christen nicht abreißen lässt. Denn häufig werden die Attacken von Hirtennomadenbanden aus der Ethnie der Fulani verübt, die sich radikalisiert haben, wie am 12. Januar 2026 im Dorf Otobi Akpa (Bezirk Otukpo im Bundesstaat Benue), wo vier Christen und neun weitere Bewohner in der Nacht erschossen wurden: Bereits um den Jahreswechsel wurden wieder viele christliche Dörfer zur Zielscheibe von Gewalt, mit Dutzenden Todesopfern als Folge.

Zu dem Vorgehen der Täter gehören Überfälle auf Schulen (wie im

November im Bundesstaat Niger) und Kirchen; insbesondere christliche Geistliche wurden zu Opfern von Mord und Entführung. Die Familien und Gemeindemitglieder werden dabei gezwungen, ihr Eigentum an Land und Vieh zu verkaufen, um die immensen Lösegeldforderungen zu erfüllen – allein in der Hoffnung, den Verschleppten damit das Leben retten zu können. Trotzdem kommt es nicht selten vor, dass die Entführten nie mehr lebend gesehen werden.

„Einige der Familien, deren Angehörige entführt wurden, kommen auch nach Enugu, um Hilfe zu suchen“, berichtet Schwester Claret. Mit ihrer Initiative „Women Empowerment through Education“ (WETE) setzt sich für Überlebende dieser religiös motivierten Gewalt ein, indem sie Mädchen und jungen Frauen durch eine ein- bis zweijährige handwerkliche oder kaufmännische Berufsausbildung hilft. So werden sie in die Lage versetzt, nicht nur für sich allein zu sorgen, sondern ihre Familien aus dem Elend herauszuholen. Die IGFM unterstützt das Hilfswerk. Wir bitten Sie um Ihren Beitrag dazu.

**Kennwort für Ihre Spende:
Nigeria (32)**

Um Kosten für Druck und Postgebühren einzusparen, können wir Ihnen diese Mitteilungen auch als PDF-Datei (Ansicht und Aufmachung wie gedruckt) zusenden. Bitte schicken Sie uns dazu einfach eine E-Mail an info@igfm.de

VORANKÜNDIGUNG:

IGFM-Jahrestagung – 11./12. April 2026 in Bonn

Schutz der Menschenrechte in dieser schwierigen Zeit ist keine Formalität

IGFM beobachtet Antikorruptionsverfahren und setzt Maßstäbe

Trotz des nun bald vierjährigen Krieges, den Russland der Ukraine aufzwingt, soll das zivile Leben abseits der Front so normal wie möglich ablaufen. Das gilt besonders für Rechtsstreitigkeiten, an dessen Ende nicht der Stärkere mit den besten Beziehungen obsiegen, sondern Recht und Gesetz über Unrecht entscheiden soll. Der Korruptionsskandal im November vergangenen Jahres im Umfeld des ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj war das rechtzeitig aufgedeckte Signal an Politik und Rechtsprechung, dass gerade jetzt die Welt mit Argusaugen auf die Ukraine blickt und jeder weitere Fehltritt dramatische Folgen für die internationale Bereitschaft haben kann, die Ukraine im Kampf gegen den Aggressor Russland zu unterstützen.

Der Aufdeckung von Korruption, egal auf welcher politischen Ebene sie stattfindet, muss eine durch ein ordentliches Gericht festgesetzte Strafe folgen. Die IGFM wird ab jetzt durch die Beobachtung der Prozesse vor den Antikorruptionsgerichten ihren Beitrag dazu leisten und hat zudem ein von höchster Stelle abgesegnetes Mandat erhalten: Am 29. Dezember 2025 unterzeichneten Anton Alekseyev – er ist der Geschäftsführer der IGFM-Sektion Ukraine (IAC ISHR)

– und Dmytro Lubinez – Menschenrechtsbeauftragter des ukrainischen Parlaments – ein Memorandum über die „Entwicklung einer langjährigen Partnerschaft im Bereich des Schutzes der Menschenrechte“. Wie hoch dieser Kontakt anzusiedeln ist, beweist Lubinez sonstige Tätigkeit als Verhandlungsführer mit Russland

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) geförderten Projekts und durch Spenden der Freunde und Förderer der deutschen IGFM-Sektion.

Mit Kriegsbeginn am 24. Februar 2022 stellte die IGFM die Beobachtung der Gerichtsverfahren ein, denn nichts war mehr so wie vorher, und widmete sich nicht weniger erfolgreich dem Aufbau eines humanitären Netzwerkes für Binnenflüchtlinge, das weiterhin besteht. Doch mit der Einstellung der Prozessbeobachtung fielen auch die Fördermittel des BMZ weg. Die deutsche Sektion sprang mit Spendenmitteln ein: zum einen für die Koordination der humanitären Einsätze für Binnenflüchtlinge, zum anderen, um den Kontakt zu den Gerichten nicht zu verlieren. Vor zwei Jahren haben die Mitglieder der ukrainischen Sektion, dort, wo sich die Gelegenheit bot, die Beobachtung ziviler Verfahren wieder aufgenommen. Doch

nun geht es nicht mehr um zivile Streitigkeiten, sondern um Korruption. Die deutsche IGFM-Sektion beantragte deshalb erneut ein Projekt beim BMZ. Sie erhielt eine Zusage und damit den „Auftrag zur Durchführung eines Fair-Trial-Monitoring-Projekts beim Obersten Antikorruptionsgericht in Kyjiw (Kiew), bei dem 250 Studierende der Rechtswissenschaften der drei Kyjiwer Universitäten zum Einsatz kommen.“ Konkret sollen 120 Prozesse von der IGFM beobachtet und ausgewertet werden.

Damit unser Büro in Kyjiw diesem wichtigen Auftrag trotz der Stromausfälle nach russischen Angriffen nachkommen kann, müssen Stromgeneratoren beschafft werden, ein stationäres für das Büro, zwei transportable für den Einsatz bei den Schulungsseminaren in den Provinzstädten. Wir rechnen mit Anschaffungskosten in Höhe von 5.000 Euro. Dafür erbitten wir Ihre finanzielle Hilfe.



Anton Alekseyev (links) und Dmytro Lubinez im Büro des ukrainischen Ombudmanns für Menschenrechte; Foto: Büro des Ombudmanns, Kyjiw

im Falle verschleppter Zivilisten und Kinder und sein Einsatz gegen Korruption im Staatsapparat.

Die IGFM kann bei der Beobachtung von Gerichtsverfahren auf ihren Erfahrungen aus einem früheren Projekt aufbauen: Unter dem Titel der Dokumentation „Das Recht auf ein faires Urteil in der Ukraine“ berichtete die IGFM bereits 2017 in „Für die Menschenrechte“ über Versuche von Prozessbeteiligten, Urteile durch Gewalteinsetz im Gerichtsgebäude, durch politische Beeinflussung und aktive Bestechung zu beeinflussen. In fast allen Fällen konnte das durch enge Zusammenarbeit zwischen den Beobachtern vor Ort einerseits und der deutschen Sektion der IGFM verhindert werden, weil Manipulationsversuche nach Veröffentlichung in Deutschland nicht mehr unter den Tisch gekehrt werden konnten. Die Analysen der IAC ISHR fanden auch Eingang in den Unterrichtsstoff der Rechtsfakultäten der Universitäten; die Teilnahme an Beobachtungen wurden angehenden Juristen als Praktikum anerkannt. Die Finanzierung erfolgte im Rahmen eines vom

Impressum

Herausgeber: Internationale Gesellschaft für Menschenrechte - Deutsche Sektion e.V. (IGFM)
Edisonstraße 5 • D-60388 Frankfurt,
Tel.: 069 - 420 108 0 • Fax : 069 - 420 108 33
E-Mail: info@igfm.de Internet: www.igfm.de
UstIDNr. DE 1142 35 684

Redaktion: Michaela Koller und Karl Hafen

Erscheinungsweise: monatlich

Druck: johnen-druck, Bernkastel-Kues

Satz und Layout: Manuel Kimmerle

Sektion Schweiz:

Geschäftsführer Hanspeter Hartmann
Clavanouvwxyz 14 • CH - 7249 Serneus
Telefon +41 44 586 45 45

Dieses Mitteilungsblatt wird an Mitglieder und Förderer der IGFM kostenlos verschickt. Hier geäußerte Meinungen stimmen nicht unbedingt mit der Meinung des Herausgebers überein. Dieser Ausgabe liegt eine Zahlkarte der IGFM bei.

Bei Verfolgten, die nicht schon vor Beginn der Verfolgung Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens waren, wurde der Name aus Sicherheitsgründen geändert.

**Kennwort für Ihre Spende:
Ukraine (36)**

Der Ausgang der massiven Proteste im Iran ist zum Redaktionsschluss (15. Januar 2026) noch ungewiss. Jedoch stellen wir schon zu diesem Zeitpunkt fest, dass diese Ereignisse sich deutlich von früheren Widerstandswellen gegen das radikalislamische Regime unterscheiden. Es sind weite Kreise der Bevölkerung beteiligt, in allen Provinzen; es kommt zu noch größeren Demonstrationen als zuvor sowie zu zahlreichen Streiks und Ladenschließungen. Viele der Beteiligten sehen, dass sie nichts mehr zu verlieren haben und setzen alles auf eine Karte: den Umsturz. Zunehmend mehr Demonstranten rufen nach Reza Pahlavi, dem Sohn des letzten Schahs, der in öffentlichen Stellungnahmen für Demokratie, Bürgerrechte sowie Trennung von Staat und Religion wirbt.

Wie bereits während des Junkturkriegs ist der Oberste Führer Ali Chamenei in Deckung gegangen. Im IGFM-Bericht zur Lage im Iran vom 1. Juli hieß es zu seinem damaligen Abtauchen: „Seine Abwesenheit während der gesamten Kriegsdauer und selbst nach dem Inkrafttreten der Waffenruhe zeichnete das Bild eines feigen und entrückten Führers, der seine ideologischen Ziele... um jeden Preis verfolgt, selbst wenn dies massive Opfer und Leid für die eigene Bevölkerung bedeutet.“ Zudem stellte die IGFM damals schon „erste Anzeichen innerer Spannungen“ innerhalb des iranischen Machtapparats fest.

Für dessen Zusammenbruch wäre es höchste Zeit: Die Zahlen der ge-

schätzten Todesopfer und Festgenommen springen zurzeit enorm nach oben, erst zwei-, dann drei-, vier- und schon fünfstellig: Das äußerst brutale Vorgehen der Revolutionsgarden zielt auf hohen Blutzoll und schreckliche Verletzungen ab, um die Moral der Demonstrierenden zu schwächen.

Das zurückliegende halbe Jahr zeichnete sich durch massive Stei-

„Kriegszeiten“ ziehen Haftstrafen von fünf bis zehn Jahren nach sich.

Die IGFM ist nicht nur in großer Sorge um die mutigen Iranerinnen und Iraner auf der Straße, sondern insbesondere um die zahlreichen politischen Gefangenen, die sich bereits in der Gewalt des Staates befinden, darunter die Friedensnobelpreisträgerin Narges Mohammadi. Die Bürgerrechtlerin

war am 12. Dezember 2025 bei der Gedenkfeier für den verstorbenen Menschenrechtsanwalt Khosrow Alikurdi zusammen mit 15 weiteren Teilnehmern der Zeremonie festgenommen worden.

Folter und Hinrichtungen sind im Iran an der Tagesordnung. Seit Beginn des Jahres 2025 haben die dortigen Behörden über 1.100 Menschen hingerichtet – so viele wie seit Jahrzehnten nicht mehr.

Zuletzt konnte theoretisch jeder Bürger Irans wegen seines Lebensstils ins Fadenkreuz der Behörden geraten: So verhaftete die Polizei in der iranischen Provinz Golestan am Abend des 10. Oktober 2025 mehrere Bürger wegen angeblichen „illegalen gemischtgeschlechtlichen Ausflugs und Alkoholkonsums“. Die Festnahmen erfolgten während einer Freizeittour in den Wäldern von Kordkuy im Norden des Iran. Das behördliche Vorgehen zeugt ebenso von Realitätsverlust wie die Einrichtung von „Sonderabteilungen“ für „Sittsamkeit und Hijab“ in der Provinz Isfahan; Verstöße dagegen werden als Verbrechen eingestuft. Die IGFM berichtete im November über die Sorge von Menschenrechtsbeobachtern, dieser Schritt könnte dazu dienen, Verfahren zu beschleunigen und die Strafen gegen die betroffenen Frauen zu verschärfen; die Überwachung – auch durch Gerichte – könnte damit ausgeweitet werden.

Die IGFM erhielt am 3. Januar noch eine Nachricht direkt aus Teheran; die Rückfrage blieb bislang unbeantwortet – das Internet wurde gesperrt. Bereits am 23. Juni 2025 ebnete das iranische Parlament (Madschles) mit einem neuen Gesetzespaket den Weg zur verschärften Verfolgung von Aktivitäten im Internet – Hilferufe an die weltweite Öffentlichkeit werden auf diese Weise kriminalisiert. Demnach kann allein schon das Versenden von Bildern oder Videos an ausländische Medien mit bis zu fünf Jahren Gefängnis bestraft werden. „Illegal“ Märsche und Versammlungen in

Die IGFM verfolgt die Ereignisse im Iran seit Jahren mit großer Aufmerksamkeit. Sie begleitet sie durch öffentliche Aktionen, informiert über Einzelschicksale im Rahmen des bekannten Patenschaftsprogramms, sowie über Trends mit ihren regelmäßigen Berichten. Um unseren hohen Standard halten zu können, bitten wir Sie um Ihre Unterstützung.

**Kennwort für Ihre Spende:
Iran (86)**



Bereits vor 16 Jahren hatte Reza Pahlavi eine klare Vorstellung von einem künftigen Iran: „Ich hoffe, dass wir ein System als Alternative zu dieser Klerusherrschaft einführen können, das eine säkulare Demokratie sein wird, und nochmals betone ich das Wort „säkular“, eine klare Trennung von Religion und Regierung. Wenn Sie zudem eine Verfassung haben, die auf der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte fußt, ist dies noch eine eingebaute, kodifizierte Garantie des Rechtsschutzes für jeden Bürger hinsichtlich der Volkszugehörigkeit, der Religion, der politischen Meinung und sexuellen Ausrichtung. Sie müssen dies gesetzlich absichern und Sie müssen eine lebendige Zivilgesellschaft und andere Schutzmechanismen haben, die diese Grundsätze verteidigen und Sie so sicher gehen können, dass kein Iraner wegen seines Glaubens, seiner politischen Überzeugung oder wegen was auch immer diskriminiert wird oder Misshandlungen oder Ungerechtigkeit unterworfen wird. Dafür kämpfen wir, das ist es, was wir haben wollen“, sagte er Michaela Koller im Interview am 27. März 2010.

gerung der Unterdrückung bei hoher Inflation und Arbeitslosigkeit aus, welche die Mittelschicht weiter auszehrten. Der beharrliche Fanatismus der Mullah-Diktatur hatte die Isolation verschärft. Die Reaktion: Noch mehr Fanatismus und noch mehr Verfolgung.

Hohe Haftstrafen für Bilder an Weltpresse

Die IGFM erhielt am 3. Januar noch eine Nachricht direkt aus Teheran; die Rückfrage blieb bislang unbeantwortet – das Internet wurde gesperrt. Bereits am 23. Juni 2025 ebnete das iranische Parlament (Madschles) mit einem neuen Gesetzespaket den Weg zur verschärften Verfolgung von Aktivitäten im Internet – Hilferufe an die weltweite Öffentlichkeit werden auf diese Weise kriminalisiert. Demnach kann allein schon das Versenden von Bildern oder Videos an ausländische Medien mit bis zu fünf Jahren Gefängnis bestraft werden. „Illegal“ Märsche und Versammlungen in

Ihre Spende überweisen Sie bitte unter Angabe des entsprechenden Kennwortes oder der Kennziffer auf folgendes IGFM-Konto:
IBAN: DE93 3702 0500 0001 4036 00
Swift-BIC: BFSWDE33XXX
SozialBank

Bei Banküberweisungen im Online-Banking muss seit Oktober 2025 die Richtigkeit des Empfängers ausdrücklich bestätigt werden. Wenn Sie sich unsicher sind, empfehlen wir die Verwendung der Angaben auf unserem beigefügten Zahlschein.



Die Finanzen der IGFM werden jährlich von einem unabhängigen Wirtschaftsprüfer geprüft. Den Prüfbericht stellen wir auf Nachfrage gerne zur Verfügung.